

Islam-Injektion für deutsche Journalisten

Offener Brief an den Innenminister

[veröffentlicht am 31.12.2016 von JouWatch](#)

Bei der Islamisierung Deutschlands will unser Bundesinnenminister mit allen Mitteln bei der Islamisierung Deutschlands die Journalisten an seiner Seite sehen.

Von daher müssen diese von Zeit zu Zeit natürlich entsprechend geschult werden.

„*Kath.net*“ schreibt zu diesem Thema:

Frankfurt am Main (kath.net/idea):

Scharfe Kritik an einer geplanten Veranstaltung

des Bundesinnenministeriums gemeinsam mit islamischen Verbänden für Chefredakteure hat der Journalist Volker Siefert (Frankfurt am Main) geübt. Wie er in einem Kommentar unter der Überschrift „*Heile-Islam-Welt-Workshop im Innenministerium*“ im Magazin des Deutschen Journalisten-Verbandes „*Journalist*“ (Remagen) schreibt, haben sich die Mitgliedsverbände der Deutschen Islamkonferenz von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) einen Lehrgang gewünscht, „in dem Chefredakteure aller relevanten Medien in Deutschland lernen sollen, wie man richtig über den Islam berichtet“. Er werde nun Anfang 2017 in Räumen des Ministeriums stattfinden und sei vom Innenministerium und islamischen Verbänden entwickelt worden:

- „*Damit haben die Verbände geschafft, wovon Lobbyisten sonst nur träumen: Nämlich dass der Staat in den Prozess der Meinungsbildung eingreift und Begrifflichkeiten und die Art, wie über etwas berichtet wird, direkt mit den inhaltlich verantwortlichen Führungskräften der Medien bespricht.*“ <http://www.kath.net/news/57879>

Martin Weidhaas hat daraufhin einen offenen Brief an den Innenminister verfasst:

Sehr geehrter Herr Bundesinnenminister,

der Artikel „Heile Islam-Welt-Workshop“ in der Dezember-Ausgabe von JOURNALIST entnehme ich auf Seite 14, daß Sie dem Wunsch der an der DIK teilnehmenden Islamverbände entsprochen haben und schon Anfang Januar 2017 einen Workshop für die Chefredakteure der relevanten Medien zum Thema „Wie ist über den Islam zu berichten?“ in den Räumen Ihres Ministeriums abhalten werden. Vorbereitet und durchgeführt werden soll dieser Workshop nicht nur von Ihren Mitarbeitern, sondern ebenso von den Vertretern der moslemischen Verbände. Dem Artikel ist nicht zu entnehmen, daß Sie auch Islamkritiker zu Wort kommen lassen werden. Die Chefredakteure der führenden Medien werden sich schon um der Kontaktpflege willen Ihrer Einladung nicht entziehen können. Damit werden der Islam-Indoktrination nicht nur der Journalisten, sondern indirekt aller Medienkonsumenten Indoktrination Tür und Tor geöffnet.



Foto: [Metropolitico.org/Flickr/](https://www.flickr.com/photos/metropolitico/)

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/>

Es ist mitnichten Aufgabe der Exekutive, auf die Medienvertreter Einfluß zu nehmen, was und wie sie über eine Religion zu berichten haben, die für etwa

90 % des weltweiten Terrors derzeit verantwortlich zeichnet ungeachtet jener Moslems, die sich bislang nicht aktiv daran beteiligen.

Noch weniger kommt es Ihnen zu, den Verbandsvertretern hierfür ein staatliches Podium zu schaffen.

Ich sehe in Ihrem Workshop einen Angriff auf unsere grundgesetzlich garantierte Pressefreiheit.

Es steht selbstverständlich den moslemischen Kulturverbänden frei, bei den Medienhäusern zu antichambrieren und Ihre Sicht der Dinge kund zu tun. Es geht aber entschieden zu weit, wenn u.a. Aiman Mazyek vom ZMD sich wird anmaßen dürfen, den Medien vorzugeben, was und wie sie zu berichten haben. Es verbietet sich dem BMI, ein Multiplikator für moslemische Glaubensinhalte und Interessen nach Vorgabe der Verbände zu sein. Ich bin nicht der Meinung, daß Ihre aktive Mitwirkung an der Islam-Schulung der Medien-Führungskräfte verfassungsrechtlich zulässig ist.

Nach den zahlreichen Rechtsverstößen Ihrer Regierung seit dem 5.9.2015 ist umso peinlicher darauf zu achten, daß gerade Ihr Ministerium, dem das Hüten unseres Grundgesetzes aufgegeben ist, ausschließlich streng innerhalb der verfassungsmäßigen Ordnung agiert.

Die Scharia, untrennbarer Teil des Islam, verlangt die Durchsetzung der Herrschaft Allahs, mithin den Gottesstaat; entsprechend müssen gläubige Moslems verlangen, daß das GG durch die Scharia abgelöst wird. Analog haben die OIC-Staaten sich bereits mit der Kairoer Erklärung von 1990 gegen die von der UN beschlossenen Menschenrechte gestellt und die Gewährung von Rechten allesamt unter den Vorbehalt der Scharia gestellt. Der Workshop könnte folglich auch dem Fernziel der Abschaffung der FDGO dienen. Obendrein verbietet die grundgesetzliche Trennung von Staat und Religion gemäß Artikel 140 in Verbindung mit Art. 136 – 139 WRV (Weimarer Reichsverfassung, Zusatz J.Th.) Ihr desaströses Vorhaben.

Ich fordere Sie auf, Ihren islamophilen Workshop abzusagen und nicht durchzuführen. Bitte geben Sie mir wieder Nachricht.

Mit freundlichen Grüßen

Martin Weidhaas